

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksgeländes Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat: einchl. Briefporto 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorteil 40 Pfg. Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorteil 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Keine Verständigung in der Steuerfrage

### Die Lage nach wie vor zugespitzt

SPD Das Reichskabinett hat sich am Freitag nochmals mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Rodenhauer über den Etat 1930 beschäftigt. Aber auch in dieser Sitzung ist es nicht gelungen, die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken und eine Verständigungsgrundlage zu finden, die den Bestand der Reichsregierung und das Zusammenwirken der jetzigen Regierungskoalition sichert. In den beiden Hauptfragen: Reichszulasse zur Arbeitslosenversicherung und Heranziehung der leistungsfähigen Schichten durch die Notopfer zur Einkommensteuer als Ausgleich für die Erhöhung der Verbrauchssteuern ist nach wie vor ein erheblicher Gegensatz vorhanden. Am Montag nachmittag wird das Reichskabinett erneut Stellung nehmen.

Für die Deckung des Fehlbetrags der Arbeitslosenversicherung stehen jedoch jetzt nicht mehr jene Vorschläge ernsthaft zur Diskussion, die auf einen direkten oder indirekten Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung hinführen. Auch in der Deutschen Volkspartei scheint man angesichts des Widerstandes von Sozialdemokraten und Zentrum eingesehen zu haben, daß eine Verständigung ausgeschlossen ist, wenn der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung von 250 Millionen nicht wie bisher durch Darlehen des Reichs gedeckt wird. Der bereits in der Donnerstagssitzung des Kabinetts erörterte Gedanke der Heranziehung der Festbesoldeten für die Lasten der Arbeitslosenversicherung im Betrage von 100 Millionen Mark hat daher an Boden gewonnen. Da gleichzeitig der Verkauf von 150 Millionen Reichsbahnpostwertpapieren an die Sozialversicherung als gesichert gelten kann, wurden damit die notwendigen 250 Millionen aufgebracht.

Wegen der Vorschläge über die Steuererhöhungen bestehen je-

doch immer noch sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die von Dr. Rodenhauer vorgeschlagenen Steuererhöhungen belasten fast ausschließlich den Verbrauch. Auf keinen Fall sind sie so ausgeglichen, daß soziale Erwägungen dabei ausreichend berücksichtigt werden. Erhöhung der Biersteuer, des Kaffee- und Teezolls, Einführung der Mineralwassersteuer, Erhöhung des Benzinzolls bei gleichzeitiger Ermäßigung der Industriesteuer sind Maßnahmen, deren einseitiger Charakter so offenbar ist, daß starke politische Widerstände vorzudringen sind. Dazu kommt, was man gerne übersehen möchte, daß die Tabaksteuererhöhung mit einem Jahresertrag von 175 Millionen schon vor Monaten beschlossen ist. Allen diesen Belastungen der Masse des Volkes steht keine entsprechende Gegenleistung der besitzenden Schichten gegenüber. Daher halten wir es nach wie vor für dringend erforderlich, daß der einmalige Zuschlag zur Einkommensteuer, durch den die hohen Einkommen zur Überwindung des Notjahres herangezogen werden, im Programm der Reichsregierung enthalten sein muß.

Neben diesen Meinungsverschiedenheiten in den beiden Hauptfragen aber bestehen noch große Gegensätze in vielen Einzelheiten.

### Hindenburg für das Notopfer?

SPD Berlin, 1. März.

In unterrichteten Berliner Kreisen verlautet neuerdings, daß sich auch der Reichspräsident für das Notopfer ausgesprochen habe. In welcher Form er ein Notopfer der Festbesoldeten unterstützen, ist vorläufig unbekannt.

## Der Krieg im Völkerbunds-pakt

SPD Genf, 28. Februar.

Der Ausschuss für die Angleichung des Völkerbundsvertrages an den Kelloggspakt nahm zu Artikel 12 der Völkerbundscharta einen Zusatz an, der den deutschen Wünschen auf besondere Nennung der Mittel zur friedlichen Ausdehnung von Konflikten ungefähr entspricht. Für die Ausarbeitung des Schlussberichts wurde ein Dreier-Ausschuss eingesetzt, dem von deutscher Seite von Bülow, der Franzose Cot und der Schwedische Völkerrechtler und Sozialist Anden angehören. Bei der Beratung des Artikels 12 betonte v. Bülow noch einmal, daß eine Revision des Völkerbundsvertrages in dem Sinne stattfinden müsse, daß die an einem Konflikt beteiligten Mächte in ihrer Entscheidung auch dann nicht mehr frei sind, wenn sie eine Ratsentscheidung zurückweisen. Die Durchführung eines Ratsbeschlusses dürfe nicht den beteiligten Parteien überlassen bleiben, sondern müsse durch den Völkerbundsrat selbst angeordnet und durchgeführt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung warf der Japaner die rückständige Frage auf, ob ein einstimmiger Ratsbeschluss für die kreuzenden Partner bindend sei oder nicht. Er verneinte die Bindung, wurde aber von Deutschland, Frankreich und anderen hart bekämpft.

### Kommentar zu einer Erklärung

#### Die Zollfriedensverhandlungen in Genf

SPD Genf, 28. Februar.

Die außerordentliche Erregung über das französische Verhalten in der Zollfriedensfrage hat die französische Delegation veranlaßt, am Freitag eine offizielle Erklärung zu veröffentlichen, die mit der Formulierung, als ob die Erklärung Serrans eine weit über ihre Tragweite hinausgehende Auslegung gefunden habe, verfährt, die klare und schroffe Abgabe Serrans an den Zollfrieden abzuschwächen. Es heißt in der Erklärung, daß die Rede Serrans nur begründen sollte, warum Frankreich nicht in der Lage sei, Ausnahmen für den Zollfrieden im einzelnen anzunehmen. Serrans habe nur sagen wollen, daß Frankreich der Meinung sei, daß ein positives Resultat auf anderem Wege leichter als durch den Zollfriedensplan zu erzielen wäre. Eine positive Haltung würde die französische Delegation erst einnehmen, wenn sie Instruktionen von der neuen Regierung habe.

Der Zollfriedensausdruck dürfte sich wahrscheinlich bis zum Montag vertragen, um den Delegationen Gelegenheit zur Fühlungnahme mit ihren Regierungen zu geben.

### Erledigt

SPD Genf, 28. Februar.

Der Unterausschuss über das Zollfriedensabkommen verzögerte sich am Freitag; er wird seine Arbeit wahrscheinlich nicht wieder aufnehmen.

Der einstimmige Beschluss der letzten Völkerbundsversammlung für die Herbeiführung eines Zollwaffenstillstandes muß als zu dem Alten gesetzt betrachtet werden.

## Der Saboteur Schacht

SPD Paris, 28. Februar.

In den hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß die Weigerung des Reichsambassadeurs in Rom, die Delegierten Deutschlands für den Ausschuss der Internationalen Zahlungsbank zu nennen, sowie die intransigente Haltung Schachts, die hier allgemein als ein neuer Versuch der Torpedierung des Youngplans und seines Finanzinstrumentes aufgefaßt wird, ein diplomatisches Nachspiel zur Folge haben soll. Das französische Auswärtige Amt soll bereits in Verhandlungen mit London getreten sein, die darauf abzielen, daß sämtliche am Youngplan beteiligten Gläubigermächte eine Note an die deutsche Regierung abfassen, in der gegen den neuen Saboteur Dr. Schacht protestiert wird. Es soll gleichzeitig von den Gläubigermächten aus gefordert werden, daß die deutsche Regierung endlich Mittel und Wege finden möge, um zu verhindern, daß der Reichsambassadeur die mühsam in den internationalen Konferenzen erzielten Ergebnisse durch seine Schreckenspolitik immer wieder in Frage stelle.

SPD Berlin, 1. März.

Wie die Blätter melden, wurde der Franzose Quesnay zum Generaldirektor der Internationalen Zahlungsbank ernannt. Schacht soll gegen diese Ernennung, noch bevor sie vollzogen war, Einspruch erhoben haben.

### Gedenkfeiern für Friedrich Ebert

SPD Heidelberg, 1. März.

Am Grabe des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert liegen an seinem fünfjährigen Todestage außer dem Reichskanzler auch die preussische Staatsregierung, die hessische Regierung, das badische Staatsministerium, der Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, Dr. Weiskner, und zahlreiche Organisationskränze niederlegen. Vormittags um 11 Uhr fand am Grabe eine Gedenkfeier des Reichs bannern statt. Abends wurde eine allgemeine Gedächtnisfeier im Heidelberger Martin-Luther-Haus abgehalten, wobei Reichsjustizminister a. D. Dr. Radbruch die Gedächtnisrede hielt. Die Frau des verstorbenen Reichspräsidenten weckte am Freitag ebenfalls in Heidelberg.

### Anklare Lage in Spanien

WTB Paris, 28. Februar.

Wie Havas aus Valencia meldet, haben die Behörden infolge der Ankündigung des Generalstreiks Maßnahmen ergriffen und ein großes Aufgebot Gendarmen nach der Stadt beufen. Der Vorsitzende des Gemeinderates, Maestro, ist verschwunden. — Aus Barcelona wird gemeldet, daß der Generalkapitän Kataloniens, General Barreza, eine Unterredung mit General Martinez Anido, dem Innenminister der Diktatur, hatte. Barreza teilte mit, daß er von dem Vorgesetzten des Generalkapitans Kataloniens zurücktrat.

## Der Rücktritt Grzesinski

### Die politische Situation im Reich

Wie ein Lauffeuer eilte am Freitag in der ersten Nachmittagsstunde die Nachricht durch Berlin: „Der Innenminister Grzesinski zurückgetreten sei. Die stets heilhörige B. Z. berichtete um 12 Uhr mittags in großer Aufmachung auf der ersten Seite, daß im Miami-Ring Scharten seinen Gegner Scott in der dritten Runde l. o. geschlagen habe. Von dem Rücktritt Grzesinski aber brachte das demokratische Sensationsorgan nicht einen Satz. Es konnte nichts bringen, weil der Rücktritt bis zur entscheidenden Stunde völlig geheim gehalten worden war. Selbst den in der zehnten Morgensstunde tagenden Fraktionen des Preussischen Landtages — die sozialdemokratische Fraktion eingeschlossen — war von dem bevorstehenden Rücktritt des Innenministers nichts berichtet worden. Am Abend vorher hatte man noch alles darangesetzt, um Grzesinski von seinem Vorhaben abzubringen, aber er beharrte auf seinem Entschluß. Der Präsident des Preussischen Landtages, Genosse Bartel, war sofort in Erwägung, unmittelbar vor dem Beginn der Debatte über einen Mißtrauensantrag der Kommunisten, der gegen Grzesinski gerichtet war, die Mitteilung zu machen, daß der Innenminister zurückgetreten sei.

Entgegen den Orakelsprüchen, die in der gesamten Rechtspreffe zu finden sind, dürften bei dem Entschluß Grzesinski irgendwelche politische Motive nicht entscheidend gewesen sein. Das Berliner Tageblatt beschäftigte sich erst in diesen Tagen mit der Personalpolitik des Innenministers. Das Organ Th. Wolffs hat in letzter Zeit das ernsthafte Bestreben gezeigt, mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Konkurrenz zu treten, so daß die demokratische Fraktion im Preussischen Landtag gezwungen war, das Berliner Tageblatt entsprechend abzuschnüffeln. Man hatte die Nachricht verbreitet, daß sich die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages bei der Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum der Stimme enthalten wollte. Demgegenüber steht der Beschluß, der am Freitagmorgen gefaßt worden ist, nach dem die Demokraten beschlossen hatten, gegen das Mißtrauensvotum zu votieren.

Die entscheidenden Gründe, die Grzesinski zum Rücktritt veranlaßt haben, waren rein persönlicher Natur. Zunächst war Grzesinski seit einigen Wochen an Grippe erkrankt. Dazu kamen Motive, die in seinem Privatleben zu suchen sind, auf die aber das Ressortstreben zurückzuführen ist, das insbesondere von den Rechtsparteien unter Führung der Nationalsozialisten betrieben worden war. Sie bezogen sich auf das intimste Privatleben des Innenministers, der seit einem Jahrzehnt von seiner Frau in Trennung lebt. Daß Grzesinski gerade wegen dieser Angriffe zurückgetreten ist, ehrt seine Persönlichkeit, da er das Konventionelle hinter das rein Menschliche zurücktreten ließ. Wenn Grzesinski irgendein Vorwurf zu machen ist, dann der, daß er als Minister Handlungen beging, derenwegen er als Privatmann keinerlei Anfechtungen erfahren konnte.

Genosse Otto Braun hat an Stelle Grzesinski den bisherigen Oberpräsidenten von Magdeburg, den Genossen Heinrich Waentig, einen früheren Universitätsprofessor, zum Nachfolger ernannt. Das Berliner Tageblatt bemerkt mit Recht, daß Braun diese Ernennung vollzog, „ohne mit den Fraktionen Fühlung zu nehmen“. Ob Genosse Waentig die Positionen zu halten vermag, die Grzesinski und vor ihm Severing errichtet haben, das wird die Zukunft lehren. Die politische Öffentlichkeit, insbesondere die Sozialdemokratische Partei, war durch die Regelung der Nachfolgerfrage nicht weniger überrascht, als durch den plötzlichen Rücktritt des bisherigen Ministers. Jedenfalls ist Otto Braun allem Ruhmhandel aus dem Wege gegangen, indem er das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht benutzte, um an die Stelle Grzesinski sofort einen neuen Mann zu setzen.

Der Rücktritt des preussischen Innenministers erfolgte zur gleichen Stunde, als im Reichstage die vereinigten Youngausschüsse die Abstimmung vollzogen hatten. Wie schon mitgeteilt, wurden die entscheidenden Artikel des Hauptgesetzes mit den 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei gegen 23 Stimmen der Opposition angenommen. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei hatten Stimmenthaltung ausgeübt. Bei der Entscheidung über das polnisch-deutsche Liquidationsabkommen brach der Volksparteiler Dr. Schöne aus der Mehrheit aus, so daß sich hierbei eine Mehrheit von nur 4 Stimmen ergab. Der Fraktionsführer des Zentrums, Dr. Brüning, gab, vorher eine Erklärung ab, in der er auf den bisherigen Standpunkt des Zentrums verwies, wonach „die Sanierung der Kassenlage und damit die Sicherung unserer Finanzpolitik für die Zukunft ein integrierender Bestandteil“ der neuen Reparationslösung sei. Die Zentrumspartei erkenne „dankbar an, daß der Reichstagler im Zusammenhang mit dem Kabinett Schritte zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet hat“. Sie hoffe, daß es „bis zur dritten Lesung zu einem tragbaren Ergebnis“ kommen werde. Damit hielt die Zentrumspartei noch im entscheidenden Augenblick an dem Junktim fest, aber

A-Lesehalle

37